

**Pressekonferenz GEW BW, 06.09.2022, 11 Uhr, Medienzentrum Landtag**

**Landespressekonferenz  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)  
am 6. September 2022 in Stuttgart**

**Schuljahr 2022/2023: Bildung im Länd krisenfest machen  
Statement der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein**

**Hinweise zu weiteren Terminen:**

**22./23.09.2022:** Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW BW im Glaspalast Sindelfingen  
23.09.2022, 11:45 – 12.30 Uhr: Rede Kultusministerin Theresa Schopper

**07.10.2022, 11 Uhr:** PK GEW: Vorstellung der aktuellen Lehrkräftebedarfsprognose für BW

***Es gilt das gesprochene Wort***

Sehr geehrte Anwesende,

am 12. September 2022 beginnt das neue Schuljahr, das durch mehrere Krisen geprägt sein wird: Seit dem 24. Februar sind zahlreiche Menschen auf der Flucht vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nach Baden-Württemberg gekommen, darunter zehntausende Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Eine weitere Folge dieses Krieges ist die Energiekrise, die uns alle sehr beschäftigt. Spätestens in diesem Sommer ist uns nur zu deutlich vor Augen geführt worden, dass die Klimakrise real und Deutschland zu schlecht auf sie vorbereitet ist. Und auch Corona wird unser Leben weiterhin prägen.

Die 700 zusätzlichen Stellen, 500 davon für Lehrkräfte, die gestern von den Spitzen der Grünen und der CDU beschlossen wurden, sind wichtig und gleichzeitig nur kurzfristig eine Hilfe. Vermutlich sind darin die bereits 2020 beschlossenen Stellen für die Entlastung von Schulleitungen enthalten. Wenn Danyal Bayaz meint, mit 500 Stellen seien die Schulen auf Mega-Projekte wie den Ganztagsausbau, Sprachförderung, Integration Geflüchteter und die steigenden Schüler\*innenzahlen vorbereitet, dann ist er kein seriöser Finanzminister, sondern macht unser Land durch das Starren auf die Schuldenbremse nicht fit für die Zukunft. Wir laden ihn gerne in die Schulen ein, damit er sieht, was die 1,5 Millionen Schüler\*innen und ihre 130.000 Lehrkräfte brauchen.

Wir müssen uns daher die Frage stellen, was die Schulen langfristig brauchen, um Schüler\*innen auch in dieser herausfordernden Zeit gute Bildung bieten zu können. Vermutlich erleben wir derzeit nicht die letzte Krisensituation. Eine Gesellschaft kann schwierige Zeiten besser bewältigen, wenn sie gut ausgebildete Menschen hat. Wir erwarten, dass unsere Bildungseinrichtungen darauf besser vorbereitet sind, dass unsere Kitas, Schulen und Hochschulen krisenfest werden.

Wir erleben einen großen und weiter wachsenden Fachkräftemangel im Bildungsbereich. Und eine Hilf- und Tatenlosigkeit der grün-schwarzen Landesregierung im Umgang damit, die erschreckend ist. An eine grüne Kultusministerin hatten wir hohe Erwartungen. Nach mehr als einem Jahr Kultusministerium unter grüner Führung erwarten wir, dass Bildung endlich die notwendige Priorität in der Landespolitik bekommt. Wollen die Grünen, dass es in drei Jahren vor der Landtagswahl heißt, die einzige grüne Bildungsministerin in Deutschland kann keine gute Bildung, weil ihr Kabinett bei den nötigen mutigen Investitionen stets auf der Bremse steht?

Vor wenigen Wochen, zu Beginn der Sommerferien, saß ich mit zwei Betroffenen an diesem Platz, um auf die Situation der knapp 9.000 in die Sommerferienarbeitslosigkeit entlassenen Lehrkräfte aufmerksam zu machen. Dass die Landesregierung in der aktuellen Lage so mit den zu wenigen Beschäftigten umgeht, löst nicht nur bei mir Unverständnis und Zorn aus.

Vor gut zwei Wochen übergab ich Kultusministerin Schopper über 4.400 gesammelte Unterschriften gegen die Erhöhung der Lehrverpflichtung im Vorbereitungsdienst/Referendariat. Diese Idee ist nur eine der unsäglichen, die in den letzten Monaten von Ministerpräsident Winfried Kretschmann geäußert wurden, wie dem Lehrkräftemangel begegnet werden könne. Wir kritisieren den Vorschlag als Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Vorbereitungsdienstes/Referendariats – und das in Zeiten, in denen jede einzelne zukünftige Lehrkraft so dringend gebraucht wird und Baden-Württemberg daher gut daran täte, sein Personal optimal auszubilden und gute und attraktive Rahmenbedingungen zu bieten.

Vor gut fünf Jahren, im Frühjahr 2017, hat die GEW Baden-Württemberg ein in ihrem Auftrag erstelltes Gutachten zur Errechnung des Lehrkräftebedarfs vorgestellt und der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Wir werden hier an dieser Stelle am 7. Oktober ein aktualisiertes Gutachten vorstellen, um den künftigen Lehrkräftebedarf prognostizieren zu können. Die ersten Zahlen aus der Studie des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm zeigen: Wenn Baden-Württemberg seine Lehrkräfteausbildung bereits 2017 an der Bevölkerungsvorausschätzung des GEW-Gutachtens orientiert hätte, gäbe es sieben Jahre später (5 Jahre Bachelor- und Master-Studium plus Vorbereitungsdienst) in den Grundschulen und in den SBBZ des Landes keinen Lehrkräftemangel mehr. Vor dem Hintergrund dieses GEW-Gutachtens von 2017 ist die Behauptung, die Entwicklung der Schüler\*innenzahlen sei nicht vorhersehbar gewesen, nicht haltbar. Wir können dem Gutachten noch nicht vorgreifen. Aber klar ist: Das Land baut bis 2035 einen wesentlich größeren Mangel an qualifizierten Lehrkräften auf, als bisher bekannt ist.

Meine weiteren **Themenschwerpunkte** für heute sind:

1. Schulbetrieb in Krisenzeiten, u.a. Situation der Vorbereitungsklassen
2. Bildungsgerechtigkeit / Chancengleichheit und der geplante Ganzttag
3. Unterrichtsversorgung und Lehrkräfteeinstellung
4. Weitere Themen, u.a.:  
Situation der Schulleitungen, Digitalisierung, ZSL und IBBW

### **1. Schulbetrieb in Krisenzeiten**

Ich bin den Lehrkräften und allen am Schulleben Beteiligten sehr dankbar für ihre enorme Hilfsbereitschaft bei der **Aufnahme von geflüchteten Kindern und Jugendlichen**, seit dem 24. Februar dieses Jahres besonders aus der Ukraine. Viele Beschäftigte sind im vergangenen Jahr deutlich über ihre persönlichen Grenzen gegangen, um den Kindern und Jugendlichen ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Aktuelle verlässliche Zahlen liegen uns noch nicht vor. Wir sind gespannt auf die Zahlen,

die Kultusministerin Schopper übermorgen vorlegen wird. Nach Schätzungen gehen wir von etwa 30.000 Kindern und Jugendlichen aus, die im Herbst/Winter die Schulen besuchen werden. Das sind mehr geflüchtete Kinder und Jugendliche als im Schuljahr 2015/16.

Diese Kinder und Jugendlichen kommen in Schulen, die vielfach außerhalb der bei jungen Lehrer\*innen beliebtesten Städte wie Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg gelegen sind und damit ohnehin viel zu wenig ausgebildete Lehrkräfte für den Unterricht haben. Es rächt sich, dass in den vergangenen Jahren die Lehrkräfte der Vorbereitungsklassen nicht dauerhaft eingestellt und qualifiziert wurden. Hätte die Landesregierung die Vorschläge der GEW aufgegriffen, wären jetzt fest angestellte, gut ausgebildete, erfahrene Lehrkräfte in den Klassen, mit denen die rund 2.000 Kolleg\*innen, die zusätzlich in den Vorbereitungsklassen benötigt werden, unterstützt werden könnten. Diese Neueinsteiger\*innen brauchen sofort ein ausreichendes Angebot an Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen z.B. in den Bereichen Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaF/DaZ) und Traumapädagogik. Um Unterricht mit Schüler\*innen anderer Herkunftssprachen als Deutsch qualitativ hochwertiger gestalten zu können und für die Zukunft vorbereitet zu sein, benötigen wir die Verankerung von sprachsensiblen Fachunterricht und DaZ für alle Fächer und alle Lehrämter im Studium als verpflichtenden Inhalt.

Die Bildungsgewerkschaft GEW will, dass die Kinder und Jugendlichen in diesem Schuljahr so guten und sicheren Präsenzunterricht wie möglich erleben können. Auch die Lehrer\*innen setzen sich intensiv und mit großem Engagement dafür ein, diesen Kindern und Jugendlichen einen guten Platz in den Schulen bieten zu können. Daher erinnere ich: Es gibt seit mehr als zwei Jahren Hausaufgaben, die in großen Teilen noch nicht erledigt wurden:

Wenn wir Unterricht ohne Gesundheitsgefährdungen erreichen wollen, ist eine Ausstattung der ausreichend temperierten Räume mit leisen **Luftreinigungsgeräten** unerlässlich. Alle Räume, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten müssen, müssen damit ausgestattet sein. Es herrscht auch in der Wissenschaft eine große Übereinstimmung, dass mobile Luftreinigungsgeräte, richtig dimensioniert und angewendet, grundsätzlich wirksam sind und bis zu 90 Prozent der Aerosole aus der Luft filtern. In der Praxis zeigte sich in den vergangenen Wintern, dass das Lüften in der kalten Jahreszeit nicht konsequent umgesetzt werden kann oder dass es in den Klassenzimmern extrem kalt wird, worunter die Konzentration und das Zusammenleben deutlich leiden. Bereits im November 2017 hat das Umweltbundesamt in einer Studie darauf hingewiesen, dass für ausreichende Luftqualität in Klassenräumen Lüften alleine nicht ausreicht und mechanische Luftreiniger notwendig sind.

Die Luftreinigungsgeräte sind eine notwendige und lohnende Investition. Dass jetzt, nach 2,5 Jahren Pandemie in vielen Schulen davon nichts oder deutlich zu wenig umgesetzt ist, macht mich zornig. Schulträger und das Land gemeinsam sind hier in der Pflicht, Gesundheitsgefährdungen konsequent zu minimieren. Wir erwarten von der Landesregierung und den Schulträgern, dass sie alles dafür tun, dass sie bei Energiesparmaßnahmen den Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten in den Schulen und auch für die Kinder und Jugendlichen im Blick haben und eine ausreichende Wärmeversorgung und Luftqualität der Räume möglich ist. Die immer und überall beschworene Priorität der Interessen von Kindern und Jugendlichen muss sich hierbei ausdrücken.

Die GEW hat 2017 in einer umfangreichen bundesweiten Studie auf den **milliardenschweren Sanierungstau in den Schulgebäuden** hingewiesen. Klassenzimmer bekommen keine gute Raumluft und werden im Winter nicht warm, wenn weiter an der Schuldenbremse festgehalten wird. Wir wollen dauerhaft krisenfeste Schulgebäude, in denen moderne Lüftungssysteme selbstverständlich sind und nicht durch schlecht isolierte Fenster mit teurem Gas der Schulhof geheizt wird, während die Schüler\*innen und ihre Lehrkräfte im Klassenzimmer frieren.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle einen Ausbau der **Schulpsychologie** gefordert, um die Unterstützung gewährleisten zu können, die derzeit notwendiger denn je ist. Umso fragwürdiger ist für uns, dass von den vorhandenen Stellen für Schulpsychologie etwa ein Viertel unbesetzt ist, wie die Antwort auf eine Landtagsanfrage der SPD-Fraktion kurz vor der Sommerpause ergab. Das zuständige Zentrum für Schulqualität und Lehrkräftebildung (ZSL) und die Kultusministerin müssen umgehend dafür sorgen, dass alle unbesetzten Stellen in der Schulpsychologie besetzt werden. Ausgebildete Fachkräfte dafür gibt es in Baden-Württemberg. Mir fehlt an dieser Stelle jedes Verständnis für die zum Teil lange unbesetzten Stellen. Wir alle wissen, dass psycho-emotionale Unterstützungsbedarfe in den drei vergangenen Corona-Schuljahren deutlich gestiegen sind. Es muss alles dafür getan werden, dass so viel Unterstützung wie möglich bei den Kindern und Jugendlichen ankommt, die das brauchen.

Eine weitere Belastung für viele Familien sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die aufsteigende Kosten bei allen Schulmaterialien treffen. Die Erstausrüstung für das Schuljahr bereitet zahlreichen Eltern Kopfzerbrechen, weil sie die Finanzierung nicht oder nur unter massiven Einsparungen zum Beispiel im Bereich der Lebensmitteleinkäufe leisten könnten. Steigende Papierpreise, steigende Lebenshaltungskosten und die Inflation dürfen nicht dazu führen, dass Schüler\*innen vom Bildungserfolg oder der Teilhabe abgeschnitten werden. **Lernmittelfreiheit** ist in unserer Landesverfassung verankert. Alles, was mit Lernen zu tun hat, darf die Eltern nichts kosten. Wenn die Schulträger in diesem Zusammenhang über klamme Kassen klagen, ist es an ihnen mit dem Land zu verhandeln, hier für Ausgleich für steigende Kosten zu sorgen. Das Land ist für den Ausgleich zuständig, keinesfalls die Schüler\*innen und ihre Familien. Sie finden in Ihren Unterlagen einen Artikel zum Thema aus dem GEW-Mitgliedermagazin.

Gelingende Schule braucht gute Rahmenbedingungen – die sind in Baden-Württemberg zu Schuljahresbeginn 2022/23 leider an vielen Stellen nicht so gegeben, wie es einem der reichsten Bundesländer gut zu Gesicht stünde. Außerhalb der begehrtesten Regionen Baden-Württembergs wie Karlsruhe/Stadt, Heidelberg/Stadt und Freiburg/Stadt finden wir in zahlreichen Schulen **Fachkräftemangel** vor: Stellen fehlen schon im Haushalt, ausgebildete Lehrkräfte werden durch nicht ausgebildete Lehrkräfte ergänzt, die zum Teil seit Jahren unser System vor dem Kollaps retten, teilweise werden Menschen beschäftigt, die über keine Qualifikationen im pädagogischen Bereich verfügen. Das Land stellt viel zu wenig Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten für diese nicht ausgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung – auch hier macht die GEW seit Jahren Vorschläge. Wer uns Jahr für Jahr in den Schulen unterstützt, muss Qualifikationsmaßnahmen angeboten bekommen, um sich zur ausgebildeten Fachlehrkraft fortbilden und einen Aufstieg haben zu können.

Viele Schulen starten mit zu wenig Lehrkräften in dieses Schuljahr. Dies bedeutet, dass Unterricht ausfällt und dass zusätzliche Förderung nicht oder nur selten stattfinden kann. Sinnvolle Zusatzangebote gibt es an vielen Schulen schon lange nicht mehr. Lehrkräfte müssen oft ihre Belastungsgrenze überschreiten, damit guter Unterricht stattfinden kann.

Das **Programm Rückenwind** geht in sein zweites Jahr. Es ist an vielen Schulen eine Unterstützung. Zusätzliche Kräfte sollen in Schulen Unterstützung leisten und vieles ermöglichen. Sie sollen dazu beitragen, dass Kindern und Jugendlichen Förderung ermöglicht wird, wo sie notwendig ist. Diese Förderung sollte in Kleingruppen und parallel zum Unterricht möglich sein. An vielen Schulen kann Rückenwind aber aus Mangel an Bewerber\*innen nicht genutzt werden. Die Unterstützung durch Rückenwind reicht nicht aus. So entstehen eine weitere Herausforderung und Belastung für die Lehrkräfte. Sie nehmen Tag für Tag wahr, was für ihre Schüler\*innen dringend notwendig wäre, aber nicht geleistet werden kann.

**Beschäftigte am Limit:** Lehrkräfte, Schulleitungen und alle am Schulleben Beteiligten sind nach drei Schuljahren im Zeichen von Corona und einem Schuljahr im Zeichen des Ukraine-Krieges am Rande und oft am Ende ihrer Kräfte. Selten habe ich so abgearbeitete und belastete Lehrkräfte gesprochen wie zum Ende des letzten Schuljahres. Die Zahl der Anträge auf Teilzeit nimmt zu und es gibt immer mehr Personen in Leitungsfunktionen, die diese aufgeben und lieber auf Geld verzichten als weiter Schule organisieren zu müssen. Zusatzbelastungen müssen in diesem Schuljahr abgebaut werden. Das Land als Arbeitgeber muss hier Fürsorge walten lassen. Sonst wird sich der Unterrichtsausfall durch kranke Lehrer\*innen oder Kolleg\*innen, die aus dem Dienst ausscheiden, noch erhöhen.

## 2. Bildungsgerechtigkeit / Chancengleichheit

In den **Grundschulen** gehen Kinder die ersten Schritte in unserem Schulsystem, hier ist die Heterogenität am größten, Inklusion ist an vielen Grundschulen eine alltägliche Aufgabe, das Deputat der Lehrer\*innen ist am höchsten und ihre Bezahlung am schlechtesten, wenn die Fach- und technischen Lehrkräfte nicht berücksichtigt werden. Auch nach der Aufstockung der Studienplätze herrscht an vielen Grundschulen ein erheblicher Lehrkräftemangel, an vielen Grundschulen sorgen nicht ausgebildete Lehrkräfte dafür, dass der Unterricht irgendwie stattfindet.

Wer den Satz ernst meint „**Auf den Anfang kommt es an**“, mit dem die Grünen, die seit 11 Jahren die Regierungsverantwortung tragen, bereits 2011 Werbung für ihre Bildungspolitik gemacht haben, muss hier ansetzen. Gute Grundschulbildung heißt Förderung ermöglichen. Aber Grundschulen haben keine Stunden zur Differenzierung oder zur individuellen Förderung. Verbindliche Poolstunden, in denen je nach Bedarf für Lese- und Rechtschreibförderung, mathematisches Verständnis, Sprachförderung oder was sonst notwendig ist, Schwerpunkte gelegt werden können, sind dringend notwendig. In den Schularten der Sekundarstufe gibt es diese Poolstunden. Dass ausgerechnet bei der Grundschule dafür keine Stellen geschaffen werden, ist ein Skandal und eindeutig am falschen Ende gespart. Es ist unfassbar, dass das reiche Baden-Württemberg bei der Schüler\*innen-Lehrkräfte-Relation immer noch auf dem 16. Platz der 16 Bundesländer liegt. Wir schlagen (wie zuletzt für die Realschulen) einen **Stufenplan vor, bei dem die Grundschulen mit Förderstunden in der Pflichtstundentafel ausgestattet werden**. 2023 soll mit jährlich 3 Stunden gestartet werden, das Ziel sind 12 Stunden pro Zug.

Der Bildungserfolg eines Kindes ist immer noch viel zu stark an das Elternhaus gekoppelt. Wenn wir den Bildungserfolg unabhängig vom Bildungsgrad und Wohlstand der Eltern machen wollen, müssen wir flächendeckend für **gute, gebundene Ganztagschulen** sorgen. „Gute“ Ganztagschule heißt für die GEW, ein rhythmisiertes Angebot mit aufeinander abgestimmten schul- und sozialpädagogischen Angeboten von gut ausgebildeten pädagogischen Profis, die nicht prekär beschäftigt, sondern Teil der Schulgemeinschaft sind. Dies lässt sich aus unserer Sicht nur in der verbindlichen Form des Ganztags umsetzen. Wir plädieren dafür, die Ganztagsmittel künftig auf verbindliche Ganztagschulen zu fokussieren und für Betreuungsangebote spezifische und verbindliche Qualitäts- und Finanzstandards zu entwickeln.

Der Ganztagsanspruch, der ab 2026 gelten soll, wird sehr schwer zu realisieren sein, weil auch im Bereich der Erzieher\*innen und Pädagog\*innen der frühen Kindheit, von denen viele dafür gebraucht werden, enormer Fachkräftemangel herrscht. Eine gute Ganztagschule ist ein wichtiges pädagogisches Konzept für mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie ermöglicht es besonders gut, den modernen Anforderungen an den Lern- und Lebensort Schule gerecht zu werden.

Übrigens fehlen auch an den **Beruflichen Schulen** und in den Fachschulen für Sozialpädagogik Lehrkräfte, zum Beispiel, um mehr Erzieher\*innen ausbilden zu können. Die Studienplätze dafür sind ebenfalls auszubauen.

Die Grünen besetzen mit dem Kultus-, dem Wissenschafts- und dem Finanzministerium die drei entscheidenden Ressorts, mit denen sich Weichen für eine bessere Bildung stellen ließen. Der Verweis auf einen unwilligen Koalitionspartner gilt nicht mehr. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz wird scheitern, wenn die neue Wissenschaftsministerin Petra Olschowski nicht schon im nächsten Jahr endlich ausreichend **Studienplätze für Grundschullehrkräfte, Pädagog\*innen der frühen Kindheit und Sonderpädagog\*innen** schafft, wenn Kultusministerin Theresa Schopper die Ausstattung der Schulen und die Bezahlung der Lehrkräfte nicht verbessert und Finanzminister Danyal Bayaz dafür das notwendige Geld und die notwendigen Stellen im Landeshaushalt schafft. Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann hat angekündigt, dass Bildung und Klimaschutz im kommenden Doppelhaushalt ausgebaut werden. Die derzeit bekannten Vorhaben für den Haushalt reichen bei weitem nicht aus, um den Status Quo in der Bildung zu sichern, geschweige denn, ihn zu verbessern. Die Schuldenbremse darf notwendige Investitionen in die Bildung und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes nicht verhindern.

Die **SBBZ (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren)** und damit auch die inklusiven Bildungsangebote an den allgemeinen Schulen sind beschämend schlecht ausgestattet. Die Landesverfassung garantiert „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“ Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gilt das in Baden-Württemberg nicht mehr. Seit Jahren verschlechtert sich die Unterrichtsversorgung an den SBBZ und die sonderpädagogische Unterstützung der Schüler\*innen in inklusiven Bildungsangeboten. Im kommenden Schuljahr findet knapp ein Viertel des notwendigen Unterrichts für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nicht statt oder wird von nicht oder nicht voll qualifizierten Personen durchgeführt. Diese Kinder und Jugendlichen bekommen nicht die Bildung, die ihnen die Landesverfassung garantiert. Es ist ein Skandal und eine Schande, wie Baden-Württemberg mit diesen Schüler\*innen und ihren Familien umgeht. Auch das schulisch und gesellschaftlich sinnvolle und wichtige Konzept der Inklusion wird an die Wand gefahren.

Die Zahl der Schüler\*innen mit Behinderung hat sich seit 2014 um rund 16 Prozent massiv erhöht. Waren es 2014 noch rund 52.500 Schüler\*innen, wurden 2021 bereits rund 61.600 Schüler\*innen an den SBBZ und in inklusiven Bildungsangeboten beschult (rund 52.400 an SBBZ, 9.200 in Inklusion). Demgegenüber hat sich die Zahl der sonderpädagogisch qualifizierten Lehrkräfte an den Schulen nur um rund 4 Prozent erhöht. Baden-Württemberg ist sehenden Auges in diese Situation gesteuert. Und die Landesregierung greift seit Jahren die Vorschläge der GEW nicht auf, die diesen Mangel lindern würden.

Die **Realschulen** müssen zeitgemäß weiterentwickelt und ausgestattet werden. Dazu gehört die Gestaltung einer Orientierungsstufe, die diesen Namen auch verdient. Um den Lernenden ein Lernen auf den für sie angemessenen Niveaus zu ermöglichen, muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Schüler\*innen bis Ende Klasse 6 in den verschiedenen Fächern auf unterschiedlichen Niveaus lernen können und bewertet werden. Schüler\*innen müssen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten gemäß lernen dürfen, damit eine Niveaustufen-Zuordnung danach überhaupt sinnvoll erfolgen kann.

Es braucht ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur **Gemeinschaftsschule** und eine deutliche Stärkung dieser Schulart. Dafür muss die Ausstattung den Erfordernissen und Besonderheiten an Gemeinschaftsschulen angepasst werden. Coaching-Stunden müssen wie im Koalitionsvertrag festgehalten mit Anrechnungsstunden ausgestattet werden, um die Arbeitsbelastung zu vermindern und die Attraktivität für alle Lehrkräfte zu steigern.

Für die hervorragende pädagogische Arbeit der Lehrkräfte an **Haupt- und Werkrealschulen** braucht es Anerkennung durch die Landesregierung. Dort ist die persönliche Beziehung zu den Lehrkräften für die Schüler\*innen besonders wichtig und dementsprechend belastend für die Lehrer\*innen.

Die GEW hält die Verlängerung des G9-Modellversuches für nicht ausreichend und setzt sich für mehr Unterstützung aller **Gymnasien** in Baden-Württemberg ein. Gymnasiale Bildung kann jedoch nicht auf die Formel G8 oder G9 reduziert werden. Die Bildungspläne müssen im Hinblick auf eine schüler\*innengerechte Verteilung der Inhalte überarbeitet und die Themen Studierfähigkeit und Berufsorientierung stärker verankert werden. Individuelle Förderung braucht weiterhin eine Senkung des Klassenteilers, was bekanntlich für alle Schularten gilt.

Die GEW setzt sich auch für eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften insbesondere in der gymnasialen Oberstufe ein. Wir brauchen eine Gleichstellung von Fächern wie Gemeinschaftskunde und Geographie gegenüber den Fremdsprachen und naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern.

Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher gemacht, was schon zu lange so ist: In unserem Land herrscht **Chancenungleichheit**. Die Bildungsnähe und der finanzielle Hintergrund der Eltern spielt dabei auch eine deutliche Rolle, zum Beispiel wenn es darum geht, ob Unterstützung notwendig ist, Nachhilfeunterricht möglich ist oder Wahrnehmung von schulischen Unterstützungsangeboten als sinnvoll und unterstützenswert angesehen wird. So ging die Schere zwischen bildungsbenachteiligten Schüler\*innen und denen mit guten Startbedingungen in den vergangenen drei Schuljahren noch deutlicher auseinander als vorher.

In Zeiten von Fake News und Verschwörungstheorien, die sich immer mehr verbreiten, ist die Stärkung der Demokratiebildung unerlässlich. In einer landesweiten Aktion wird die GEW dieses Anliegen der Stärkung der Gesellschaftswissenschaften im Herbst bei der Ministerin vortragen.

### **3. Unterrichtsversorgung und Lehrkräfteeinstellung**

Im Landesschnitt gilt: die Schulen der Sekundarstufe 1 und ganz besonders Grundschulen und die SBBZ starten mit zu wenig Personal ins neue Schuljahr.

In Ihren Unterlagen finden Sie Informationen zu den **Einstellungszahlen** mit Stand vom Juli 2022.

Für insgesamt 591 Stellen für Sonderpädagog\*innen gab es nur 401 Bewerbungen. Bereits im laufenden Schuljahr waren an den SBBZ 12 Prozent der Stellen nicht besetzt, die Quote wird sich noch erhöhen.

Bei den Grundschulen gab es 1.267 Stellen. Für Haupt-/Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen 1.099 freie Stellen. In beiden Fällen konnte im direkten Einstellungsverfahren bisher – unseres Wissens nach – nur ein kleiner Teil besetzt werden. Auch an den beruflichen Schulen ist das Unterrichtsdefizit in den Mangelfächern seit Jahren groß.

Viele der Bewerber\*innen bewerben sich nicht landesweit, sondern nur in ihren Wunschregionen. Bei der Lehrkräfteeinstellung gibt es große regionale Unterschiede. In vielen ländlichen Regionen gibt es aber kaum Interessent\*innen für einen Platz am Lehrer\*innenpult. Genauso schwierig ist die Lage in der Landeshauptstadt Stuttgart

Die GEW hofft, dass in den Nachrückverfahren noch weitere Stellen besetzt werden konnten. Wir sind gespannt, welche Zahlen das Kultusministerium am Donnerstag bei der Pressekonferenz vorstellen wird.

Bereits vor der Zuteilung von Lehrkräften besteht an den **SBBZ** ein strukturelles Defizit von über 10 Prozent, so dass eine vollständige Unterrichtsversorgung entsprechend dem Bildungsplan gar nicht stattfinden kann. Zudem erleben wir eine Verschärfung des jahrelangen Fachkräftemangels im Bereich Sonderpädagogik, sodass die Situation an den SBBZ und in der Inklusion im kommenden Schuljahr noch deutlich schlechter ist als in vergangenen Schuljahren. Über 10 Prozent des Unterrichts wird von nicht oder nicht voll qualifizierten Kolleg\*innen angeboten. Die GEW weist seit Jahren auf den bestehenden und von Jahr zu Jahr größer werdenden Fachkräftemangel hin.

Mir persönlich ist ein SBBZ bekannt, bei dem die Versorgung mit ausgebildeten Lehrkräften unter 50% liegt. Es gibt SBBZ, bei denen das Unterrichtsangebot schon zu Beginn des Schuljahres um 20 Prozent gekürzt wird.

Bisher hat auch die dritte grün geführte Landesregierung noch kein Konzept vorgelegt, wie die Unterrichtsversorgung für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung verbessert werden soll. Die Selbstausbeutung, die notwendig ist, um den Bildungsanspruch dieser Kinder so weit wie möglich zu erfüllen, wird offenbar vom Arbeitgeber vorausgesetzt. Aber die Kolleg\*innen leiden unter der Situation. Vor den Sommerferien haben sich über 3.500 Kolleg\*innen an den SBBZ und in der Inklusion an einer Unterschriftensammlung der GEW gegen die Arbeitsbedingungen beteiligt.

Wir schlagen vor, in kurzfristige Qualifizierungsmaßnahmen für diejenigen zu investieren, die nicht ausgebildete Sonderpädagog\*innen sind, aber dankenswerterweise an den SBBZ oder in der Inklusion arbeiten. Auch die berufsbegleitende Qualifikation anderer Lehrkräfte kann mit einer bezahlten Freistellung für das Aufbaustudium dringend attraktiver gestaltet und ausgebaut werden. Die Studienplätze für das grundständige und das Aufbaustudium Sonderpädagogik müssen noch mehr als nur um die geplanten 175 Studienplätze in Freiburg aufgestockt werden, damit wenigstens in den 30er Jahren mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Ich bin sehr gespannt, wie transparent die Kultusministerin am Donnerstag in ihrer Pressekonferenz machen wird, wie viele nicht ausgebildete Lehrkräfte an SBBZ zu Schuljahresbeginn bereits eingesetzt werden – oder ob sie wieder mal in der Zahl der Versorgung der SBBZ verschwinden und nicht aufgeschlüsselt werden.

Kurzfristig schlagen wir wie auch vergangenes Jahr schon vor, dass die Landesregierung ab 2023 ein Modell anbietet, mit dem Lehrkräfte anderer Lehrämter bei vollen Bezügen bzw. einem Vertretungsvertrag an ein SBBZ abgeordnet und zu 75 Prozent für das sonderpädagogische Aufbaustudium teilbeurlaubt werden. In diesem Bereich herrscht dringendster Handlungsbedarf.

In den anderen **Mangelbereichen Grundschule, berufliche Schulen und der Sekundarstufe 1** sowie den Mangelfächern (vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich) erwarten wir von Theresa Schopper zeitnah ein Konzept, wie die insgesamt zu wenigen **Bewerber\*innen für die vermeintlich weniger attraktiven Regionen** (inzwischen ganz Baden-Württemberg außer den vorher bereits drei genannten Gebieten um Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg) gefunden werden können und bieten ihr zum wiederholten Male konstruktive Mitarbeit dabei an. Die Modelle müssen sofort entwickelt werden, um sie bei der Lehrkräfteeinstellung 2023 einzusetzen.



An den **Beruflichen Schulen** sinken tendenziell die Schüler\*innenzahlen, was Spielräume bei der Unterrichtsversorgung schaffen könnte. Das Kultusministerium hat sich allerdings dazu entschieden im Sommer 2022 eine sogenannte „demographische Rendite“ von 130 Deputaten an den BS abzuschöpfen (Stellen werden in andere Schulbereiche verschoben). Die GEW kritisiert dies und fordert, dass die Bedarfe an den Beruflichen Schulen eingesetzt werden.

Dringend notwendig ist:

- Abbau der Überstundenbugwelle von ca. 2.000 Deputaten
  - Angleichung der Oberstufenformel der Beruflichen Gymnasien an die der allgemeinbildenden Gymnasien (Bedarf: ca. 80 Deputate). Das Kultusministerium hat die Angleichung mit dem Hinweis auf fehlende Stellen 2021 abgelehnt. Man hätte diese problemlos aus den abgeschöpften Stellen finanzieren können.
  - Schaffung eines Innovationspools für Schul- und Qualitätsentwicklung. Mit Einführung des OES-Konzeptes 2008 (Operativ eigenständige Schule) erhielten die Beruflichen Schulen Anrechnungstunden für Qualitätsentwicklung, die dann unter Kultusministerin Eisenmann gestrichen wurden. Wenn das Ministerium ernsthaft eine Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht will, dann muss es die Schulen auch mit entsprechenden Ressourcen ausstatten.
- Die GEW hat schon vor Jahre einen ganzen Katalog von Maßnahmen vorgelegt, die den Mangel an Lehrkräften verringern würden. Diese Vorschläge werden nicht oder nur in einem völlig unzureichenden Maß aufgenommen.

Die Landesregierung ist seit einem kurzen medialen Aufflackern im Jahr 2019 noch keinen Schritt weiter, was die geringen Absolvent\*innenzahlen der Lehramtsstudiengänge angeht. Zu viele junge Menschen verschwinden zwischen dem ersten Semester und der Einstellung als Lehrkraft auf unbekanntem Wege. 2019 wurde eine Studie beauftragt. Auf deren Ergebnisse und vor allem auf Maßnahmen, die die Zahl der jungen Menschen verringert, die nicht im Schuldienst ankommen, warten wir immer noch. Das Wissenschaftsministerium hat die Studie in Auftrag gegeben und die Ergebnisse für diesen Herbst in Aussicht gestellt. Wenn die Landesregierung nicht handelt, bleiben auch in kommenden Jahren viele Schulen in Baden-Württemberg unterversorgt. Die Unterrichtsversorgung kann nur mit nicht ausgebildeten Lehrkräften aufrechterhalten werden. Die Wissenschaftsministerin muss auch dafür Sorge tragen, dass kein Studienplatz unbesetzt bleibt. Selbst dort, wo ausreichend Studienplätze vorhanden sind, werden diese teilweise nicht wahrgenommen. Hier müssen Studienbedingungen attraktiv gestaltet werden.

Nur durch eine **Ausbildungsoffensive und attraktive Arbeitsbedingungen** kann gewährleistet werden, dass genügend Bewerber\*innen für alle Stellen zur Verfügung stehen werden. In acht der 16 Bundesländer werden **Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Werkrealschulen mit A 13 / E 13** bezahlt, Nordrhein-Westfalen hat es im Koalitionsvertrag bereits festgeschrieben und wird damit das 9. Bundesland. Das reiche Baden-Württemberg meint es sich immer noch leisten zu können, die Grundschullehrkräfte und die Bestandslehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen nach A 12 bzw. E 11 zu bezahlen. Ein Irrglaube. Ebenso ist es eine dauerhafte Ungerechtigkeit, dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte bei gleicher Arbeit deutlich weniger Geld in der Tasche haben.

Bis der Lehrkräftemangel behoben ist, müssen ausreichend **Qualifizierungsmaßnahmen für die nicht ausgebildeten Lehrkräfte** angeboten werden, damit sie sich berufsbegleitend neben der Tätigkeit in der Schule als Lehrkraft qualifizieren können. Auch die pädagogischen Assistenzen müssen eine langfristige Perspektive bekommen, als Lehrkräfte an den Schulen zu arbeiten. Auch für Lehrkräfte aus dem Ausland sollten deutlich mehr Anerkennungs- und Fortbildungsmaßnahmen ergriffen werden analog zum Umgang mit den Ukrainischen Fachkräften, um auch dieses Potential nicht ungenutzt zu lassen.

Durch die Arbeitsbedingungen und jetzt auch noch einmal verschärft durch die massiven Mehrbelastungen der letzten drei Schuljahre arbeiten viele Lehrkräfte nicht bis zum Pensions- bzw. Rentenalter und gehen vorzeitig in Ruhestand. Die GEW hat bereits im Jahr 2021 Ministerin Schopper den Vorschlag gemacht, mit einer **höheren Altersermäßigung** mehr Lehrkräften zu ermöglichen, bis zur gesetzlichen Altersgrenze arbeiten zu können. Von Kultusministerin Susanne Eisenmann war dieses Angebot ignoriert worden. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, innerhalb des Systems zusätzliche Ressourcen für die Unterrichtsversorgung zu gewinnen.

Im Juli 2022 waren **3.895 Personen in unseren Schulen befristet angestellt** – die meisten wurden gemeinsam mit den Referendar\*innen nach ihrer Prüfung zum 28. Juli von der Landesregierung in die Arbeitslosigkeit geschickt. Das ist die bei weitem höchste Zahl aller Bundesländer, von denen viele inzwischen diese Lehrkräfte auch in den Sommerferien bezahlen. Fast alle werden jetzt im September wieder gebraucht und eingestellt. Kultusministerin Theresa Schopper hatte zu Beginn ihrer Amtszeit versprochen, dies zu ändern und war in den Haushaltsberatungen 2021 damit gescheitert. In Zeiten des Lehrkräftemangels ist dieser unwürdige Umgang mit den so dringend benötigten Fachkräften endgültig unverständlich. Es ist gut, dass Frau Schopper für einen kleinen Teil der Betroffenen die Möglichkeiten zur Entfristung nutzt. Wir erwarten aber, dass nicht weiter in anderen Teilen Deutschlands ungläubig der Kopf geschüttelt wird, wie Baden-Württemberg mit seinen Beschäftigten umgeht und die Praxis 2023 abgeschafft wird.

Die GEW setzt sich für einen schnellen **Ausbau der Vertretungsreserve** ein. Diese ist mit 1.945 Stellen bei geschätzten gut 5.000 bis 7.000 dauerhaften Ausfällen schon vor der Pandemie viel zu gering gewesen. 2011 hatte die grün-rote Regierung mit einem Stufenplan begonnen, bei dem jedes Jahr 200 neue Stellen in der Reserve geschaffen wurden und diesen Plan nach zwei Jahren wieder eingestellt. Dieser Stufenplan muss wieder aufgenommen werden und seinen Platz im kommenden Doppelhaushalt finden.

## **Schulleitungen**

Es wird seit Jahren immer schwieriger, Schulleitungsstellen zu besetzen. Erschreckend viele sind und bleiben unbesetzt. Corona und der Krieg in der Ukraine haben die Situation in den vergangenen zweieinhalb Jahren noch einmal deutlich verschärft. Selten kamen bei uns so viele Meldungen an, dass Schulleitungen darüber nachdenken oder tatsächlich ihre Funktionsstelle zurückgeben. Seit März 2020 waren Schulleitungen im Dauerstress, erst „nur“ wegen Corona und der damit verbundenen Maßnahmen, Verordnungen und notwendigen Kommunikation, dann wegen der unbürokratischen Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten aus der Ukraine, während Corona uns weiter beschäftigte. Nebenher war noch Unterricht zu halten, Einschulungs- und Entlassfeiern sowie Prüfungen zu organisieren. Sorgen um das Wohl der Kinder und Jugendlichen waren ein ständiger Begleiter. Immer noch kommen Verordnungen, die kurzfristig umgesetzt werden müssen, am Freitagnachmittag und können oft in weiten Teilen bereits vorher über die Presse erfahren werden. Zusätzlich muss das nicht ausgereifte Schulverwaltungsprogramm ASV-BW gegen den Willen vieler Schulleitungen verbindlich eingesetzt werden. All dies zermürbt die Schulleitungen.

Diese Sommerferien waren hoffentlich für alle eine ausreichend lange Pause, um die Kraftreserven aufzutanken und das neue Schuljahr vorzubereiten. Die GEW setzt sich wegen des immer noch erhöhten Organisationsaufwandes dafür ein, Schulleitungen wesentlich mehr von der Unterrichtspflicht zu entbinden und ihnen den Rücken zu stärken.

Die konkreten GEW-Vorschläge: Schulverwaltungsassistenzen, wie sie seit 10 Jahren durch einen Modellversuch an 7 von ca. 280 Beruflichen Schulen laufen, ausbauen, für größere allgemeinbildende Schulen ermöglichen und auskömmlich ausstatten. Da eine Verwaltungsassistentin eine Schulleitung nicht ersetzen, sondern ergänzen kann, ist es notwendig, dass entgegen der derzeitigen Praxis die eigentliche Leitungszeit nicht verringert wird. Die GEW fordert zudem, dass die Finanzierung der Assistentenstellen vollständig vom Land übernommen wird. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass im Doppelhaushalt 2023/2024 mindestens die vollständige Umsetzung der zweiten Stufe des angekündigten Konzepts zur Stärkung von Schulleitungen realisiert wird, das im Kultusministerium 2018 noch unter Kultusministerin Susanne Eisenmann auf den Weg gebracht wurde. Diese zweite Stufe sieht u.a. eine Erhöhung der Leitungszeit vor. Dafür müssen im Landeshaushalt mindestens 430 Stellen neu geschaffen werden.

## **Digitalisierung**

Im Bereich der Digitalisierung hat Corona einen dringend notwendigen Investitionsschub in den Schulen gebracht. Aber:

Um die Digitalisierung an Schulen erfolgreich umsetzen zu können, braucht es eine funktionierende **digitale Bildungsplattform**, die rechtssicher ist und eine ausreichende Anzahl von sinnvollen Fortbildungsangeboten. Außerdem brauchen die Schulen einen wesentlich besseren Support. Das Kultusministerium möchte den Support für digitale Endgeräte und Netzwerke, der bislang an allen Schularten vor allem von Lehrkräften geleistet wird, neu regeln. Bisher waren nur die Anrechnungsstunden an Beruflichen Schulen für die Verwaltung der Geräte und Software ansatzweise ausreichend. An den anderen Schularten war ein Support durch Lehrkräfte mit den minimalen Anrechnungsstunden, die seit Jahren unverändert zur Verfügung standen, immer schlechter möglich. Das Land will den technischen Support an die Schulträger abgeben und der pädagogische Support soll bei den Schulen verbleiben. Die Geräte und Netzwerke werden zwingend für den Unterricht bzw. die Berufsausbildung gebraucht und müssen deshalb funktionieren. Eine Verlagerung eines Teiles des Supportes auf die Schulträger setzt voraus, dass die kommunalen Schulträger ausreichend Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten und diese Mittel auch zweckgebunden einsetzen müssen **und** die Schulträger dann auch im notwendigen Maße Personal finden, das diese Aufgaben erledigen kann.

Ein Abbau von Anrechnungsstunden, ohne dass das Ersatzsystem funktioniert, gefährdet den Unterricht und die Qualität der Schul- und Berufsausbildung und wird von der GEW daher klar abgelehnt.

## **ZSL und Qualität**

Immer noch zeigen sich vor allem im Bereich der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte sowie der Begleitung der Schulen nur wenig positive Auswirkungen durch das sogenannte **Qualitätskonzept**, die Gründung der beiden Institute ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) und IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg). Das ZSL ist immer noch mit dem Aufbau von Personal und Strukturierungs- und Zuständigkeitsfragen mit der Schulverwaltung beschäftigt, es gibt eine große Fluktuation beim Personal, Stellen bleiben zum Teil lange unbesetzt, wie ich es am Beispiel der Schulpsycholog\*innen schon benannt habe und das Berufsbild Fort- und Ausbilder\*in fehlt immer noch. Das System ist unterfinanziert, die Organisation ist teilweise zu komplex und die Arbeitsprozesse mit der Schulverwaltung laufen in keiner Weise rund. Es zeigt sich deutlich, dass es

ein Fehler war, das Qualitätskonzept kostenneutral umsetzen zu wollen. Hier muss die Landesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte Evaluation beschleunigen und umgehend Konsequenzen daraus ziehen. Für die notwendigen Veränderungen brauchen wir zusätzliche Mittel und Stellen. Ansonsten werden die richtigen Ziele, die mit dem Qualitätskonzept verbunden sind, nicht erreicht.

**Schulen in der Krise:** Es gibt das viel bemühte Zitat, dass Krisen auch immer Chancen darstellen. Die grün-schwarze Landesregierung steht noch im ersten Teil ihrer Legislaturperiode. Es ist bekannt, was wir brauchen, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen und den Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildung und damit gute Chancen zu geben, Baden-Württemberg in den nächsten Jahren in einer herausfordernden Welt nachhaltig zu gestalten. Die Abgeordneten im Landtag gehen in den nächsten Tagen in ihre Fraktionsklausuren. Es liegt an ihnen und ihren Entscheidungen für den nächsten Doppelhaushalt, unter welchen Bedingungen in unseren Schulen gelernt werden kann.

Ich möchte allen am Schulleben Beteiligten, den Schulleitungen, Lehrkräften, pädagogischen Assistent\*innen, Erzieher\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen, Schulpsycholog\*innen, Sekretär\*innen, Hausmeister\*innen und dem Reinigungspersonal herzlich danken für ihren besonders kräftezehrenden Einsatz während der außerordentlichen letzten zweieinhalb Jahre.

Den Schüler\*innen möchte ich ausdrücklich danken für ihre unglaubliche Disziplin und ihre enorme Geduld mit den schwierigen Rahmenbedingungen und den Einschränkungen, die sie erleben mussten.

Ich wünsche allen einen guten Start ins neue Schuljahr: Freude am Lernen, Entdecken und an Neuem, viele gute Kontakte, genug Zeit und Gelegenheit für Austausch, Neugierde und Spaß und vor allem eine stabile Gesundheit!